

POSTULAT von Doris Gerber-Weeber (SP, Zürich) und Mitunterzeichnende

betreffend Grösseres Angebot an ganzjährigen Tages- und Nachtstrukturen ausserhalb der Stadt Zürich für Drogenabhängige

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Verhandlungen mit den Fürsorgebehörden der Gemeinden, dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich, den Bezirksbehörden und den einschlägigen Zweckverbänden mit grosser Dringlichkeit weiterzuführen mit dem Ziel, sofort ein genügend grosses Angebot an Tages- und Nachtstrukturen sowie Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten aufzubauen, das während des ganzen Jahres zur Verfügung steht. Die finanziellen Mittel sollen - sofern sie den budgetierten Betrag überschreiten - via Nachtragskredit beantragt werden.

Doris Gerber-Weeber

Daniel Vischer
Luzius Dürr
Dr. Balz Hösly

Begründung:

Auf den verschiedensten Gebieten werden zur Zeit Vorbereitungen getroffen, die es möglich machen sollen, die offene Drogenszene am Letten auszudünnen und schliesslich aufzulösen: Neben zahlreichen Gefängnisplätzen sind diverse Therapieplätze geplant, bzw. im Aufbau begriffen.

Eine wesentliche Massnahme zur Auflösung der Drogenszene besteht in der Rückführung der Drogenabhängigen in ihre Wohngemeinde. Dies ist die Aufgabe des Rückführungszentrums in der Kaserne. Solange aber die Gemeinden, bzw. Regionen nicht genügend Auffangstrukturen anbieten, die ganzjährig offen sind, muss die Bevölkerung der Stadt Zürich - vor allem in den am meisten betroffenen Stadtkreisen Industriequartier (5), Unterstrass (6), Wipkingen (10) und Aussersihl (4) - weiterhin damit leben, dass sich viele nichtzürcherische Drogenabhängige immer hier aufhalten - ein Zustand, der nicht länger andauern darf.

Bisher war es offenbar Brauch, dass im Sommer verschiedene Angebote auf der Landschaft wieder geschlossen wurden, weil sie angeblich nicht gebraucht werden in der wärmeren Jahreszeit. Die Drogenszene ist jedoch im Sommer jeweils um ein Mehrfaches gewachsen. Damit wuchs auch die Belästigung der Anwohner/-innen um ein Mehrfaches! Die Vermutung liegt nahe, dass durch die Schliessung mühsam angebaute Kontakte mit der Wohngemeinde schnell wieder gelöst wurden.

Es gilt nun, rechtzeitig die Vorbereitungen für den nächsten Sommer, bzw. die nächsten Jahre zu treffen: Der Regierungsrat soll die Projektorganisation für die dezentrale Drogenhilfe beauftragen, in Verhandlungen mit den Gemeindebehörden, Bezirksbehörden und Zweckverbänden sicherzustellen, dass während des ganzen Jahres genügend Auffangstrukturen (niederschwellige Kontakt-, Anlauf- und Beratungsstellen, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Uebernachtungsmöglichkeiten) zur Verfügung stehen.

Es muss gewährleistet sein, dass alle Gemeinden ihre Verantwortung im Fürsorgebereich aktiv wahrnehmen und sofort handeln. Wenn sie dazu die Unterstützung des Kantons benötigen, soll er sie nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch fachlich beraten, um ein professionelles und effizientes Vorgehen zu gewährleisten. Es ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Ausdünnung und Auflösung der Lettenszene, dass genügend dieser flankierenden Angebote bereitgestellt werden, wie sie im Konzept der dezentralen Drogenhilfe vorgesehen sind.

Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Voranschlag 1995 dem Regierungsrat zum Bericht und Antrag überwiesen.